

Keine Laborverträge mit Osteuropa

KZVS weist die unter www.protestliste.de zu lesenden Vorwürfe strikt zurück

(dh) – In Sachsen herrscht momentan dicke Luft. Zahnärzte und Zahntechniker schießen im Freistaat gegen die eigene Kassenzahnärztliche Vereinigung (KZVS) sowie die Handwerkskammer. So wirft man sich

aus Hartha ist auf genannter Seite dessen Vorwurf zu lesen, die KZVS würde vertraglich mit ausländischen Laboren zusammenarbeiten. So ist bei ihm unter anderem zu lesen: „Aus gut informierten Kreisen erfuhr

gen die Kassenzahnärztliche Vereinigung, die bislang offiziell immer die Qualität deutscher Dentallaboratorien herausgehoben hatte. Die KZVS wehrt sich massiv gegen diese Anschuldigungen und droht – sollten sol-

ZT Statement

„Diese Mitteilung (die KZV Sachsen würde seit einiger Zeit versuchen, Verträge mit tschechischen und polnischen Laboren abzuschließen – Anmerk. d. Red.) entbehrt jeglicher Grundlage und ist falsch. Die KZV Sachsen hat zu keinem Zeitpunkt Versuche unternommen, entsprechende Verträge mit ausländischen Laboren abzuschließen. Verträge mit osteuropäischen Dentallaboren existieren nicht und sind nicht geplant. Im Gegenteil, die KZV Sachsen hat sich gemeinsam mit den sächsischen Zahntechnik-Innungsbetrieben gegen Versuche einzelner Krankenkassen gewehrt, die Zahnärzte zu bewegen, zahntechnische Arbeiten zu Dumpingpreisen im nahen und fernen Osten herstellen zu lassen. (...)



Die mangelnde Seriosität von Herrn Richter ist uns bereits aus früheren Internetauftritten bekannt. Von diesen haben sich die sächsischen Zahntechnik-Innungsbetriebe der KZV Sachsen gegenüber massiv distanziert.“

Dr. Ralph Nikolaus, stellv. Vorstandsvorsitzender KZVS

gegenseitig mangelnde Seriosität bzw. Vetterwirtschaft vor. An vorderster Front mit dabei kämpft Jens Richter mit seiner Internetplattform www.protestliste.de gegen vermeintliche und offensichtliche Missstände an. Als jüngstes Beispiel des Zahntechnikers

protestliste.de, dass die KZVS seit einiger Zeit versucht, Verträge mit tschechischen und polnischen Laboren abzuschließen. Dies wäre dann ein weiterer Schlag für Arbeitsplätze schaffende sächsische Labore.“
Harte Anschuldigungen ge-

che Aussagen weiterhin veröffentlicht werden – mit rechtlichen Konsequenzen gegen den Betreiber dieses Internetauftritts. Zudem betont die sächsische KZV nachdrücklich, weder erwähnte Verträge abgeschlossen zu haben, noch solche zu planen. ☒

ZT Kurznotiert

Mehr arbeitslose Zahntechniker in Sachsen. Das Landesarbeitsamt Sachsen verzeichnete im Januar 2005 586 arbeitslose Zahntechniker in Sachsen. Im Vergleich zum Vorjahr ist die Zahl damit gestiegen. So waren von August bis Oktober 2004 308 Zahntechniker als arbeitslos gemeldet. Zur Erinnerung: Ende August 2004 waren „lediglich“ 175 Zahntechniker arbeitslos. Die Steigerung auf 308 bis Oktober 2004 wird allgemein auf den Sicherheitsabschlag für Zahnersatz in Sachsen zurückgeführt.

Auch die Zahl der arbeitssuchenden

Zahntechniker, die sich nach ihrer Kündigung noch in der Kündigungsfrist befinden, ist in Sachsen angestiegen. So waren im Januar 2005 720 Techniker als arbeitssuchend registriert, von August bis Oktober 2004 hingegen waren es 577.

Unverständnis über Praxisinspektionen. Obwohl die Datenlage von erfolgten Infektionsübertragungen in Zahnarztpraxen eine flächendeckende Kontrolle nicht rechtfertigt, werden von den Behörden in NRW zahlreiche Praxisbegehungen angeordnet. Diese sind jedoch nicht sach-

bezogen und angemessen, und in ihrer Sinnhaftigkeit nicht nachvollziehbar. So müssen die Zahnärzte etwa die „Vorlage des Nachweises der Sachkenntnis“ derjenigen Techniker vorlegen, die für die Instandhaltung der zahnärztlichen Behandlungseinheit zuständig sind. Für BZÄK-Präsident Dr. Dr. Jürgen Weitkamp ist dieses bürokratische Vorgehen unverständlich, wurden doch die Zahnärztekammern unlängst angemahnt, die in der Zahnmedizin geltenden Vorschriften auf ihr Entbürokratisierungspotenzial hin zu überprüfen. (ots)

„Bessere Leistungen zu leistungsgerechteren Preisen bleibt das Ziel“

Im Interview mit der ZT Zahntechnik Zeitung: VDZI-Generalsekretär Walter Winkler über das Festzuschuss-System und wie Labore über dessen negative Auswirkungen hinaus ihre Zukunft erfolgreich meistern können



VDZI-Generalsekretär Walter Winkler

ZT Das Zahntechniker-Handwerk muss derzeit mit einem dramatischen Auftragsrückgang fertig werden. War dieser nach den Erfahrungen von 1998 vorhersehbar?

Nach den Ankündigungen der Krankenkassen und KZBV gegenüber der Politik im letzten Jahr war dies nun wirklich nicht zu erwarten, befürchten musste man es angesichts des komplizierten Regelwerkes gleichwohl. Diese Befürchtung ist in den letzten Wochen gewachsen, nachdem wichtige Entscheidungen für die Anwendung des Festzuschuss-Systems erst sehr spät im Dezember zwischen gesetzlichen Krankenkassen und KZBV entschieden wurden und weil wichtige Grundlagen, wie etwa der endgültige Heil- und Kostenplan sowie weitere Abrechnungsfragen, strittig sind und vom zahnärztlichen Bundeschiedsamt bis heute noch nicht entschieden wurden. Ein Auftragsrückgang, wie er sich derzeit darstellt, hätte nicht sein müssen, hätte man die alte VDZI-Forderung nach einer Übergangsregelung ernst genommen.

ZT Welche Maßnahmen könnten die Betriebsinhaber heute noch ergreifen, um die wirtschaftlichen Folgen etwas zu mindern?

Die Handlungsmöglichkeiten der Betriebe bei Auftragsrückgang sind leider immer gleich. Kosten reduzieren, Personalkapazitäten flexibilisieren und vor allem Liquidität sicherstellen. Insbesondere der letzte Punkt, die Liquiditätssicherung, dürfte die Betriebe vor große Probleme stellen, da die Banken restriktiver reagieren als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Neben diesen zwingenden kurzfristigen Maßnahmen jedoch muss man an die zahntechnischen Betriebe appellieren, ihre Kompetenz und ihre Kreativität noch stärker dafür einzusetzen, dass der Zahnarzt und die Patienten von dem Wert und Nutzen moderner Zahnersatzversorgung überzeugt werden. Dies ist eine zentrale Daueraufgabe über die Reformen und deren Auswirkungen hinaus. Es ist meine feste Überzeugung, dass dies die eigentliche Herausforderung dieses Jahrzehnts für die Branche insgesamt sein wird, weil

das Gesundheitswesen vor weiteren Deregulierungen stehen dürfte.

ZT Wann wird sich die Auftragslage Ihrer Meinung nach wieder normalisieren und vor allem, auf welchem Niveau?

Es ist davon auszugehen, dass die Genehmigungspraxis in den nächsten Wochen deutlich beschleunigt wird. Hierfür hat sich der VDZI massiv in den zuständigen Gremien eingesetzt. Der zweite Problemkreis, der eine Normalisierung der Auftragslage hemmt, sind die nach wie vor zu komplizierten Regelungen, die zwischen Krankenkassen und Zahnärzten gefunden wurden. Der Bürokratismus in der Praxis und bei den

ANZEIGE



Tel.: 0 22 67 - 65 80 - 0 • www.picodent.de

Krankenkassen nimmt mit dem neuen System entgegen aller Absichten nicht ab, sondern zu. Es wird daher entscheidend darauf ankommen, dass sich Krankenkassen und Zahnärzte bald über die endgültigen Regelungen der Abrechnungsgrundlagen verständigen, um so die Komplexität des Festzuschuss-Systems zu reduzieren. Meine persönliche Überzeugung ist, dass es ohne ein flexibles Reagieren mit der Folge von Änderungen der Befundstruktur und der Festzuschüsse nicht gehen wird. Ohne eine breite Akzeptanz und Nachvollziehbarkeit der Regeln beim Patienten und beim Zahnarzt wird es keine dauerhafte Rückkehr auf das bisherige Versorgungsniveau geben. Und auch bei dieser Frage muss an Zahnarzt und Labor appelliert werden, sich der Herausforderung zu stellen, dem Patienten selbstbewusst und offensiv moderne Zahnersatzversorgung und deren Werthaltigkeit zu vermitteln. Dazu gehört eine gemeinsame Qualitätsoffensive. Wer sich wegen der aktuellen Situation im kurzfristigen Preisgerede verliert, nimmt an der positiven Positionierung seiner Leistungen nicht teil, setzt den Zug auf das falsche Gleis. Bessere Leistungen zu leistungsgerechteren Preisen bleibt das Ziel für Zahnarzt und Labor.

ZT In den Medien werden bisher noch keine Kampagnen zum Festzuschuss-System, welche die Patienten wesentlich verunsichern könnten, wahrgenommen. Worauf ist dies zurückzuführen?

Gibt es eine Verunsicherung der Patienten, die nur nicht in den Medien zum Tragen kommt?

Die Ruhe an der Medienfront ist vom VDZI gewünscht worden und man kann für die Zahnersatzversorgung hoffen, dass dies auch die nächsten Wochen noch so bleibt. Jedoch gibt es erste Anzeichen, dass sich die Medien nach dem Tsunami-Trauma, der Grippepelle und den Landtagswahlen dem Thema „Zahnersatz“ wieder stärker widmen. Das Zahntechniker-Handwerk ist nicht daran interessiert, durch Informationen über die derzeitige schleppende Genehmigungspraxis für weitere Verunsicherung der Patienten zu sorgen. Die Genehmigungspraxis wird behoben – die Verunsicherung bliebe aber für längere Zeit zurück. Das wäre nicht gut. Die noch vorhandene Medienruhe muss von Zahnarzt und Labor benutzt werden, den Patienten ungeachtet der ungelösten Detailfragen Sicherheit und Vertrauen zu vermitteln.

ZT Der VDZI hat in den letzten Wochen zahlreiche Gespräche mit der Politik geführt und auf die dramatische Situation im Zahntechniker-Handwerk aufmerksam gemacht sowie um Unterstützung gebeten. Was sind nun die nächsten Schritte des Verbandes?

Das Festzuschuss-System ist politisch mit breiter Mehrheit von Berlin gewollt und hat seine Chance verdient. Das wir mit unseren Zweifeln Recht hatten, hilft nicht weiter. Wir werden weiter unermüdlich bei Krankenkassen und Zahnärzten für ein reibungsloses Funktionieren des Systems werben. Wir werden fortfahren, geeignete Vorschläge zu unterbreiten, die die Befundstrukturen und das Festzuschussniveau zur Sicherung des Versorgungsniveaus von Ungereimtheiten und Mängeln bereinigen, um so das Versorgungsniveau auf den tatsächlichen Bedarf anzuheben. Hier ist der Gemeinsame Bundesausschuss der Zahnärzte und Krankenkassen gefordert, der schnell und unkonventionell auf festgestellte Mängel und Fehler des Systems reagieren muss. So ist die finanzielle Diskriminierung, die die Kombinationsversorgung im Festzuschuss-System erfahren hat, für Fachleute und für Patienten mehr als skandalös. Der VDZI führt seine Gespräche derzeit in Berlin und Bonn und wird weiter in den Parteien und in den zuständigen Ausschüssen die Interessen der Laboratorien vertreten, auch weil es die Interessen der Patienten sind, die auf die Funktionsfähigkeit des neuen Systems vertrauen müssen. Der VDZI ist aktuell die treibende Kraft zur Verbesserung der Lage. ☒

ANZEIGE

